

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 82 (2004)
Heft: 1

Artikel: Die Sozialdemokratie in der Opposition
Autor: Wyler, Rebekka
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341825>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Sozialdemokratie in der Opposition

Der Ernst der Lage

Seit dem 10. Dezember 2003 werden Regierung und Parlament von rechtskonservativen, teilweise rechtsextremen Politikern dominiert. Die Mehrheitsverhält-

Rebekka Wyler

nisse haben sich geändert, die «Mitte» hat ihre Unzuverlässigkeit oder, besser gesagt, ihre tatsächliche Natur gezeigt. Die Politik der neuen Regierung wird geprägt sein durch unsoziale und unökologische, frauen- und fremdenfeindliche Entscheide. Es wird noch kälter werden in unserem Land. Die neue Mehrheit will entschlossen gegen so genannte «*Scheininvaliden*», «*Scheinasylanten*» und sonstige «*Sozialschmarotzer*» vorgehen. Es zeigt sich, wie das System seine eigenen Sündenböcke produziert, auf deren Rücken die zuständigen Politiker anschliessend eine menschenverachtende, den Interessen der Mehrheit zuwiderlaufende Politik umsetzen. Gegen diese Entwicklung müssen wir ankämpfen; keinesfalls dürfen wir zu Schosshündchen der bürgerlichen Mehrheit werden, um den Ausdruck von Otto Stich zu gebrauchen. Doch für die Organisation eines schlagkräftigen Widerstands müssen zuerst einige Fragen geklärt werden.

Symbolischer Nutzen und konkreter Schaden

Soll die SP Schweiz ihre zwei Bundesratsmitglieder zurückziehen? Unter an-

derem forderten die JungsozialistInnen (JUSO) unmittelbar nach der Wahl vom 10. Dezember den Austritt aus der Landesregierung, eine nachvollziehbare Stellungnahme. Heute müssen wir uns jedoch fragen, ob wir wirklich nur dann «Opposition» sein können, wenn wir formell aus der Regierung ausgetreten sind, oder ob Opposition nicht vielmehr unabhängig von der Regierungsbeteiligung stattfinden soll, ja muss. Ausgehend von dieser Position, ist der Einsitz im Bundesrat eine taktische, vielleicht nur eine kosmetische Frage. Denn in der Opposition gegen die neu gewählte Regierung befinden wir uns in jedem Fall. Weiter sind bei der Diskussion um die Regierungsbeteiligung die von Otto Stich angeführten Punkte nicht zu vernachlässigen: Einerseits ermöglicht der Einsitz im Bundesrat Einfluss auf die laufenden Geschäfte, andererseits könnte es nach dem Regierungsaustritt Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern, bis eine erneute, adäquate Vertretung möglich wäre. Das spricht nicht zwingend für einen Austritt, aber alle denkbaren Gründe sprechen für den Aufbau einer starken Bewegung gegen die neue Regierung. Vonseiten der Kantone und Gemeinden, der SP, der Gewerkschaften und anderer linker Parteien und Organisationen, auf der Strasse und in der politischen Debatte muss sich der Widerstand gegen die rechtskonservative bis rechtsextreme Politik der neuen Regierung formieren. Hiervon ausgehend, handelt es sich bei der Frage des Regierungsaustritts um eine symbolische Frage, die aufgrund der Prüfung unterschiedlicher

Szenarien beantwortet werden muss. Die SP muss abwägen, ob der Widerstand durch den Austritt wirklich substanziell gestärkt werden kann, oder ob man sich durch den Rückzug nicht wichtige Möglichkeiten der Einflussnahme verbaut: «Ist der symbolische Nutzen wirklich grösser als der konkrete Schaden?» Persönlich würde ich diese Frage mit Nein beantworten.

Es gibt kein ruhiges Hinterland

In jedem Fall gilt: Der Übergang zu offensiveren Formen des Widerstands ist ein Gebot der Stunde. Möglichst breit abgestützt muss der soziale Widerstand zeigen, dass die Politik der neuen Regierung vom Volk nicht akzeptiert wird. Auf der Strasse und an der Urne – z.B. bei den Abstimmungen über das Steuerpaket und die 11. AHV-Revision – muss die Linke ihre Stärke demonstrieren. Massenkundgebungen, Kampfmassnahmen in den Betrieben und politische Streiks, etwa von Frauen oder MigrantInnen, sowie breit angelegte Kampagnen sind notwendige Mittel des Widerstandes. Weiter müssen wir versuchen, die gemässigten bürgerlichen Kräfte einzubinden. Denn der Widerstand muss auch auf kantonaler und kommunaler Ebene, mithilfe der lokalen Parlamente und Regierungen stattfinden. Wie man bereits beim Kantonsreferendum gegen das Steuerpaket beobachten konnte, haben zumindest Teile der Bürgerlichen in einzelnen Kantonen erkannt, dass die rechtskonservative Sparpolitik zu Ungunsten der kantonalen Finanzen und somit der gesamten Bevölkerung geht. Auf allen Ebenen sind linke PolitikerInnen gefordert, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen. Dies gilt insbesondere für die Städte, deren Interessen in der gegenwärtigen Machtkonstellation massiv untervertreten sind. Und wo die Linke nicht an der Macht ist, muss sie versuchen, dorthin zu kommen. Unser Einsatz gilt nicht nur dem Widerstand gegen die Politik der Landesregie-

rung, sondern auch dem Kampf um die Mehrheiten in Kantonen und Gemeinden.

Der Entscheid fällt an den Urnen

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die Sozialdemokratie seit dem 10. Dezember 2003 in der Opposition befindet – unabhängig davon, ob zwei SozialdemokratInnen im Bundesrat sitzen oder nicht. Die Linke wird die von der rechtskonservativen Mehrheit beschlossenen Gesetze bekämpfen müssen, ansonsten verliert sie ihre Glaubwürdigkeit. Es braucht eine möglichst breit abgestützte Koalition der sozial progressiven Kräfte, um diesen Kampf zu führen, der schon lange begonnen hat. Die anstehenden Referenden und Abstimmungskämpfe müssen finanziert und realisiert werden. Dabei muss die Initiative als politisches Kampfmittel hinter dem Referendum zurücktreten, da Initiativen teurer und aufwändiger sind und nur geringe Erfolgchancen haben. Das Referendum hingegen ermöglicht einen effizienten Widerstand gegen unsoziale Massnahmen vonseiten der neuen Regierung. Weitere wichtige Themen, auf die die Linke richtungsweisenden Einfluss nehmen muss, sind die von Otto Stich genannten Bereiche wie z.B. Umweltschutz und Nachhaltigkeit.

Die Rechte gegen die Frauen – Frauen gegen rechts

Wichtig scheint mir weiter, dass der Kampf gegen die neue Regierung und die rechtskonservativen Mehrheiten nicht auf die patriarchale Ebene reduziert wird. KeineR wird bestreiten, dass die Abwahl von Ruth Metzler und die darauf folgende Nichtwahl von Christine Beerli einen Affront darstellen, ein Ignorieren des Anspruchs der Frauen auf eine – wenn auch immer noch unangemessene – Vertretung in der Landesregierung. Dennoch handelt

Unser Einsatz

gilt auch dem

Kampf

um die Mehrheit

in Kantonen

und Gemeinden.

es sich bei der Wahl vom 10. Dezember 2003 primär um eine Richtungswahl. Die bürgerliche Mehrheit des Parlaments wollte einen Wechsel, eine rechtskonservative Regierung, die effizient die Interessen der besitzenden Klasse vertritt. Dass in dieser Regierung noch weniger Frauen sitzen als zuvor, ist sicher kein Zufall, aber dennoch nicht der springende Punkt. Es wäre gelogen, wenn ich behaupten würde, dass ich mich von Metzler mehr vertreten fühlte als von Merz. Hingegen gilt es jetzt darauf aufmerksam zu machen, dass der Rechtsrutsch Frauen mehr tangieren wird als Männer – man denke nur an die 11. AHV-Revision oder die Mutterschaftsversicherung. Ich war an der Organisation der Spontandemo am 10. Dezember 2003 in Zürich beteiligt, und mir fiel auf, wie stark die Medien versuchten, den Widerstand auf das Frauenthema zu reduzieren. Zu viel Diskussion über den Rechtsrutsch, über dessen Konsequenzen und den notwendigen Widerstand war den Journalisten unbehaglich. In diesem Zusammenhang muss unbedingt über die Rolle der Medien und über Möglichkeiten der Information von links nachgedacht werden. Denn ohne eigene Kanäle der Gegeninformation wird die Organisation des Widerstandes gegen die neue Regierung schwierig.

Auch wir wollen noch AHV

Nicht nur die Frauen, auch andere soziale Gruppen protestieren gegen die Wahl vom 10. Dezember 2003. Für uns Junge ist der Widerstand gegen die neue Regierung zentral, wurden doch auch die Spontandemos nach der Bundesratswahl mehrheitlich von Jugendlichen und jüngeren Leuten organisiert. Jeder Abbau des Sozialstaates, jeder Entscheid gegen eine nachhaltige Verkehrs- und Umweltpolitik, jede frauen- und fremdenfeindliche Politik trifft uns ganz direkt und auf lange Zeit hin: Wir sind diejenigen, die noch 40 Jah-

re und länger im Arbeitsleben stehen und vielleicht erst mit 70 pensioniert werden; wir sind die, die auch in 60 Jahren noch atmen wollen, die auf Kinderkrippen und Integrationshilfen angewiesen sind.

Auch innerhalb der SP müssen die Jungen mehr Gewicht erhalten. Die JUSO haben in den letzten Jahren in vielen Fragen schneller und klarer Position bezogen als die Mutterpartei. Wir verfolgen eine klar linke Linie, die uns stetigen Mitgliederzuwachs und eine hohe Glaubwürdigkeit beschert und die wir im Kampf gegen die Politik der neuen Regierung weiterführen werden. Nicht zuletzt pflegen die JUSO gute Kontakte zu anderen linken Organisationen, die für eine breit abgestützte Mobilisierung unerlässlich sind.

Bellen und beißen

Zusammen mit den Gewerkschaften, anderen linken Parteien und Organisationen muss nun so schnell wie möglich ein breites Netz des Widerstandes gegen die Politik der neuen Regierung aufgebaut werden. Richtig ist auch die Feststellung von Otto Stich, dass es dazu eine Mobilisierung innerhalb der Partei braucht. Auf allen Ebenen, kommunal, kanton, national, müssen wir uns in Bündnissen zusammenschliessen und auf der Strasse sowie an der Urne unsere Meinung kundtun. Die Politik der neuen Regierung nützt einer kleinen Minderheit von Besitzenden – wir aber vertreten die Mehrheit der Bevölkerung. Egal, ob zwei SozialdemokratInnen im Bundesrat sitzen oder nicht: Wir sind keine Schosshündchen der bürgerlichen Mehrheit. Und wir bellen nicht nur, sondern wir beißen auch.

Rebekka Wyler, 25, studiert Geschichte und Volkswirtschaft und arbeitet als Archivarin der Gewerkschaft SMUV. Sie ist seit 1994 JUSO- und seit 1999 SP-Mitglied.